

Attribuierung einer russischen Cyberkampagne

Die Bundesregierung verurteilt, unterstützt von Europäischer Union, NATO und internationalen Partnern, die Kampagne des staatlich gesteuerten russischen Cyberakteurs APT28, die sich in Deutschland gegen den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerichtet hat, auf das Schärfste.

Das nationale Attribuierungsverfahren der Bundesregierung zu dieser Kampagne hat ergeben, dass der Cyberakteur APT28 über einen längeren Zeitraum eine damals nicht bekannte kritische Sicherheitslücke in Microsoft Outlook ausnutzte und auf diese Weise mehrere E-Mail-Konten kompromittierte.

Der Akteur APT28 kann auf Grundlage belastbarer Informationen unserer Nachrichtendienste der Russischen Föderation und konkret dem russischen Militärgeheimdienst GRU zugeordnet werden.

Die Kampagne des Akteurs richtete sich darüber hinaus auch gegen Regierungsstellen und Unternehmen aus den Bereichen Logistik, Rüstung, Luft- und Raumfahrt, IT-Dienstleistungen sowie Stiftungen und Verbände. Sie war gegen Ziele in Deutschland und anderen europäischen Staaten sowie gegen Ziele in der Ukraine gerichtet.

APT28 ist auch verantwortlich für den Cyberangriff auf den Deutschen Bundestag im Jahr 2015.

Derart unverantwortliches Verhalten im Cyberraum steht im Widerspruch zu internationalen Cybernormen und verdient insbesondere in einem Jahr, in dem in vielen Staaten Wahlen stattfinden, besondere Aufmerksamkeit.

Cyberangriffe gegen politische Parteien, staatliche Institutionen und Unternehmen der kritischen Infrastruktur sind eine Bedrohung für unsere Demokratie, unsere nationale Sicherheit und unsere freiheitliche Gesellschaft.

Die Bundesregierung verurteilt die wiederholten und inakzeptablen Cyberangriffe durch staatlich gesteuerte russische Akteure auf das Schärfste und fordert Russland erneut auf, derartige Handlungen zu unterlassen. Deutschland ist entschlossen, gemeinsam mit seinen europäischen und internationalen Partnern solchen Cyberangriffe entgegenzutreten.